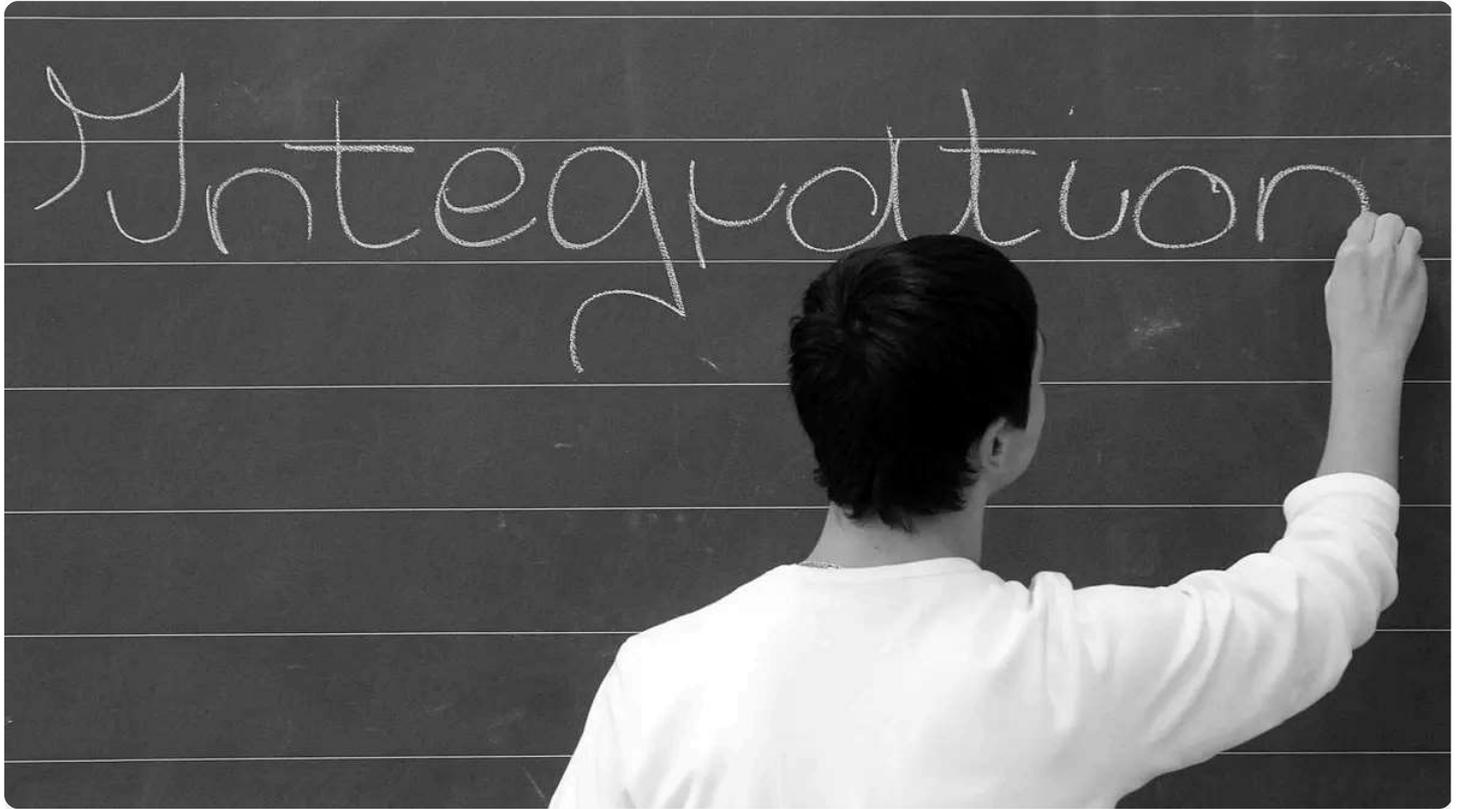


Integrationsarbeit: Statt 15 gibt es ab 2025 nur mehr fünf Kompetenzzentren

Von Julia Popovsky, 20. Juni 2024, 17:23 Uhr



Eine Aufgabe wird die Vermittlung von Asylsuchenden in Hilfstätigkeiten sein.

Bild: dpa

LINZ. Die inhaltliche Leitung liegt künftig beim Land, Volkshilfe und Caritas sind weiterhin Betreiber.

Deutsch, Arbeit, Respekt: Das sind für Integrationslandesrat Wolfgang Hattmannsdorfer (VP) die klaren Leitlinien für die Integrationsarbeit. Sie stehen im Fokus der Umbauten, die derzeit in seinem Ressort zu beobachten sind. Ab 1. Juli wird die regionale Integrationsarbeit neu aufgestellt.

Ein Pilot im Mühlviertel (Freistadt) macht den Auftakt, die komplette Neustrukturierung wird ab Anfang 2025 ausgerollt. Statt 15 Kompetenzzentren wird es dann nur mehr fünf solcher REKI-Stellen geben. Die Neuorganisation ist Teil eines Reformprojektes, das Christoph Jungwirth, Ex-BFI/BBRZ-Geschäftsführer, geleitet hat. Das Ziel ist klar: Die Strukturen sollen, wie Hattmannsdorfer sagt, schlanker und effizienter werden. Die inhaltliche Ausrichtung gibt künftig das Land vor.

Mehr zum Thema: Bezahlkarte für Asylwerber ab Juli: Fragen und Antworten zum Testbetrieb

Die Stellen im Mühlviertel, Zentralraum und Innviertel werden von der Volkshilfe betreut, jene im Hausruckviertel und Traunviertel von der Caritas. Die NGOs hatten diese Aufgabe bisher schon über. Die REKIs

fungieren primär als Anlaufstellen rund um Asylfragen für Gemeinden, Bezirkshauptmannschaften und Sozialpartner. Geplant ist, dass sie ein einheitliches Erscheinungsbild und einen neuen Namen erhalten.



Eine Aufgabe wird die Vermittlung von Asylsuchenden in Hilfstätigkeiten sein.

Jungwirth und Hattmannsdorfer betonen, dass der Umstrukturierung kein Sparauftrag zugrunde liege, die Mittel würden nur anders verteilt. Für das REKI-Budget 2024 sind rund 1,83 Millionen Euro veranschlagt. Zum Vergleich: 2023 betrug es 1,63 Millionen Euro. Derzeit sind 22 Mitarbeiter in den 15 Stellen beschäftigt, ein Teil wird mit der Neuorganisation andere Aufgaben übernehmen. Ein Schwerpunkt werde die Vermittlung in Arbeit und von Spracherwerb sein, sagt der Landesrat.

Die Strukturänderung geht Hand in Hand mit einer Neuaufsetzung der IBB-Verträge in der Grundversorgung ab Herbst – diese regeln die Information, Beratung und Betreuung von geflüchteten Menschen. Partner sind

Caritas und Volkshilfe, für das Rote Kreuz gibt es eine gleichlautende, aber vertraglich andere Regelung.

Künftig wird von den NGOs gescreent, welche Deutschkenntnisse und beruflichen Qualifikationen Asylwerbende, insbesondere jene mit Bleibeperspektive, mitbringen. Für das Screening wird ein Webtool der Jobnet.AG (Jungwirth ist hier Aufsichtsrat) zur Verfügung gestellt, dieses wird bei Pilotprojekten des Landes zur Qualifizierung von Asylwerbern in Linz und Ried derzeit getestet.

Aktiv in Vermittlerrolle

Die Beratung von Asylberechtigten wird gestrichen, dafür sehen die Verträge vor, dass die Organisationen aktiv in die Vermittlerrolle gehen, um die Zahl von Asylwerbenden, die einer Hilfstätigkeit nachgehen, zu erhöhen. Aktuell sind das in Oberösterreich 197 Flüchtlinge, für Hattmannsdorfer ist das "schlichtweg zu wenig".

In diesen Punkt spielt eine Bundesregelung hinein, die aktuell in Begutachtung ist. Diese soll – wie von Hattmannsdorfer gefordert – die Ausweitung der Tätigkeiten (u. a. auf Sozialmärkte) regeln. Sobald diese rechtskräftig ist, können die Länder sie übernehmen. Der Bund forciert darüber hinaus die Verpflichtung von Asylsuchenden zu Hilfstätigkeiten, Verstöße sollen über die Hausordnung in den Bundesquartieren mittels Taschengeldkürzungen geahndet werden.

Eine solche Regelung kommt für Oberösterreich, wo kein Taschengeld ausbezahlt wird, nicht infrage. Deshalb wird geprüft, ob und welche anderen rechtlichen Hebel es für eine Verpflichtung zu Hilfstätigkeiten gebe, heißt es aus Hattmannsdorfers Büro. Nachsatz: Eine Einführung werde nur in Konsens mit den NGOs erfolgen, deren kritische Position ist bekannt.

"Ist zu akzeptieren"

Es sei zu akzeptieren, dass es diese Umstrukturierung im Sinne eines strikten Asylkurses gebe, sagt Jasmine Chansri, Chefin der Volkshilfe OÖ, angesprochen auf die Neuerungen bei den REKIs. Allerdings seien noch einige Fragen (Stichwort Finanzierung) offen. Die angedachte Erweiterung der Tätigkeitsfelder sieht Chansri positiv – auch mit Blick auf die Einsatzmöglichkeiten innerhalb der Volkshilfe.

Marion Huber, Vorstandin der Caritas OÖ, sieht durch die Neuausrichtung das Potenzial, die Zeit im Asylverfahren besser für den Spracherwerb, die Wertevermittlung und verstärkte Arbeitssuche zu nutzen. Sie fürchtet aber, dass die zusätzlichen Tätigkeiten einen Mehraufwand bei gleichbleibenden Mitteln bedeuten könnten.

AUTORIN

Julia Popovsky

Redakteurin Landes- und Innenpolitik

✉ j.popovsky@nachrichten.at

📄 Autorin folgen

